

National und Liberal -Vor der Urburschenschaft bis zum Akademikerball

Den Untertitel „Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich“ meines Buches „National und Liberal“ hat der Herausgeber festgelegt, während von mir – etwas bescheidener – der Untertitel „Zur Geschichte des Dritten Lagers in Österreich“ vorgesehen war. Damit sei auch angedeutet, dass mir die – natürlich von der Politik mitbestimmte – Ideengeschichte des Dritten Lagers und insbesondere die unserer Korporationen wichtiger ist und ich mich im Wesentlichen heute auch darauf beschränken will. Das kommt auch im Referatstitel „National und Liberal – von der Urburschenschaft bis zum Akademikerball“ zum Ausdruck. Mit Urburschenschaft wird ein Jubiläum angesprochen, weil diese vor 200 Jahren, im Juni 1815, in Jena gegründet worden ist. Und die Gegenwart gipfelt in den Protesten von linken Chaoten gegen den Akademikerball bis zu den jüngsten Entwicklungen.

Die vom Turnvater Jahn maßgeblich beeinflusste Gründung der Urburschenschaft war eine frühe Frucht der deutschen Freiheits- und Einigungsbewegung nach dem Sieg über Napoleon. Viele Urburschenschafter waren Angehörige des Lützow'schen Freikorps, was sich auch in den Burschenschafter-Farben schwarz-rot-gold als den Uniformfarben des Freikorps ausdrückt.

Die von den jungen Burschenschaftern kräftig geförderte deutschen Freiheits- und Einigungsbewegung hatte, wie der Name schon sagt, zwei Ziele: Einmal die Schaffung eines deutschen Nationalstaates, und zweitens einen Verfassungsstaat, der die bürgerlichen Freiheiten garantiert, beides nach französischem und englischem Vorbild. Dem zweiten Ziel als offensichtlich liberaler Komponente der Bewegung steht die Schaffung des Nationalstaates als nationale Komponente gleichberechtigt gegenüber. In diesem Sinn ist die nationale Idee der Wunsch nach dem Nationalstaat, in dem eine weitgehender Übereinstimmung von Staats- und Kulturnation gegeben ist. (Diese gerade für Österreich sehr wichtige Terminologie brachte der deutsche Historiker Meinecke 1907 in die Diskussion ein.) Innerhalb von Staatsgrenzen sollen nach Möglichkeit nur Menschen mit gleichem kulturellem Hintergrund leben, ein Hintergrund, der sich in gewachsenen kulturellen Gemeinsamkeiten, von der Sprache bis zur Religion (als einer klassischen Kulturleistung) äußert.

„Urburschenschaft und Wartburgfest“ ist der Titel eines Buches von Günter Steiger, dem ich die folgenden Informationen und insbesondere die Zitate entnommen habe. Das Wartburgfest im Oktober 1817 fand am 4. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig und anlässlich der Jubiläums 300 Jahre Protestantismus in Deutschland statt. Die Einladung dazu erging daher auch nur an die Studenten der 13 – zumindest vorwiegend – evangelischen Universitäten in Berlin, Breslau, Erlangen, Gießen, Göttingen, Greifswald, Heidelberg, Kiel, Königsberg, Leipzig, Marburg, Rostock und Tübingen. Die bayrischen und die drei altösterr. Universitäten in Prag, Wien und Graz erhielten also keine Einladung.

Nach der Eröffnung auf der Wartburg fand in Eisenach ein Volks- und Turnfest statt, dann begab man sich mit brennenden Fackeln zum Wartenberg, wo ein Siegesfeuer angezündet wurde und der Jenenser Philosophiestudent Ludwig Rödiger die Feuerrede hielt, in der er unter anderem sagte: *„Wer bluten darf für das Vaterland, der darf auch davon reden, wie er ihm am besten diene im Frieden. So stehn wir unter freiem Himmel und sagen das Wahre und Rechte laut. Denn die Zeit ist gottlob gekommen, wo sich der Deutsche nicht mehr fürchten soll vor den Schlangenzungen der Lauscher und dem Henkerbeil der Tyrannen und sich nie-*

mand entschuldigen muss, wenn er vom Heiligen und Wahren spricht.“

Wegen solcher Töne wurden die Teilnehmer am Wartburgfest kurz danach an ihren Hochschulorten verfolgt und verhört. Zur sogenannten „Bücherverbrennung“ auf dem Wartenberg, die aber keine war, weil nur Makulaturpapier verbrannt wurde, das die Namen von schriftstellerisch tätigen und gegen die Burschenschaftsbewegung geifernden „Fürstenknechten“ festhielt, sagte der Student Maßmann 1818 in Berlin: *„Wir wollten verbrennen und wir haben verbrannt ...: die Grundsätze und Irrlehren der Zwingherrschaft, Knechtschaft, Unfreiheit und Ungerechtigkeit, Unmännlichkeit und Unjugendlichkeit, Geheimkrämerei und Blindschleicherei, des Kastengeistes und der Drillerei, ..., der Unschönheit und Untugend – alle Schmach des Lebens und des Vaterlandes.“*

Ein überzeugenderes Bekenntnis zum klassischen Liberalismus, nicht zu dem, was sich heutzutage zeitgeistig so nennt, ist wohl kaum vorstellbar. Der liberale Grundsatz *„Soviel Staat wie nötig, soviel Freiheit wie möglich“* findet sich auch in einer Anleitung des Friedrich Ludwig Jahns aus seiner „Merke zum deutschen Volkstum“, wo es heißt: *„Die höchste Weisheit einer Regierung besteht immer noch darin, so wenig als möglich zu regieren und dem Volke alles zu überlassen, was es selbst besser zu seinem Besten leitet und waltet.“*

Das längerfristig wichtigste Ergebnis des Wartburgfestes waren die sog. „Grundsätze und Beschlüsse“, deren Entstehung und Inhalt ich nun wörtlich aus meinem Buch zitieren möchte:

Wahrscheinlich auf Anregung des Historikers Heinrich Luden, der seine Studenten mahnte, es sei „die Pflicht der Burschenschaft, alles aufzubieten, um die Welt zu überzeugen, dass sie keine Revolutionäre seien, die mit dem Vaterland ein gefährliches und verderbliches Spiel zu wagen geneigt wären“, wurden nach dem Fest von einigen Teilnehmern „Grundsätze und Beschlüsse“ ausgearbeitet. Sie haben zukunftsweisende Bedeutung, denn es ist die erste parteiprogrammatische Zusammenstellung der Leitgedanken des nationalen Liberalismus in Deutschland. Sie enthielten unter anderem die Forderung nach politischer, religiöser und wirtschaftlicher Einheit Deutschlands, nach einem Ausbau seiner Wehrkraft, nach der Entwicklung einer konstitutionellen Monarchie mit landständischer Verfassung, Ministerverantwortlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Öffentlichkeit der Rechtspflege, Einführung von Schwurgerichten, einem deutschen Gesetzbuch, Ersatz der Geheimpolizei durch Ordnungsorgane, nach Gemeindeverwaltungen, Schutz von Freiheit und Eigentum, Abschaffung der Geburtsvorrechte und der Leibeigenschaft sowie die Forderung nach Rede- und Pressefreiheit. Im Grunde änderte sich bis 1848 und darüber hinaus an diesem bereits 1817 formulierten national-liberalen Programm nichts mehr. (Zitat Ende.)

Aus der Geschichte bis zum Revolutionsjahr 1848 greife ich nur die „Karlsbader Beschlüsse“ von 1819 mit ihrem generellen Verbot der Burschenschaften und das Hambacherfest von 1832 heraus. Die Beschlüsse waren die unmittelbare Folge der Ermordung des als „Fürstenknecht“ verschrieenen Lustspieldichters Kotzebue durch den wirrköpfigen Jenenser Burschenschaftler Sand. Das von Österreichs Kanzler Metternich initiierte Verbot konnte die Bewegung aber nicht aufhalten, sondern nur in den Untergrund drängen. 1827 wurde in Bamberg sogar die Allgemeine Deutsche Burschenschaft wiedererrichtet. Und zu dem nur durch Mundpropaganda beworbenen Hambacherfest kamen 25.000 Menschen, die neben Demokratie und deutscher Einheit auch eine europäische Gesamtfreiheit einforderten. So wehte auf dem Krestenberg nicht nur die schwarz-rot-goldene Burschenschaftlerfahne, sondern auch die Fahne der gegen die russische Unterdrückung kämpfenden Polen. Der jungen national-liberalen Bewegung kann also keineswegs ein egozentrischer und kleingeistiger Nationalismus nachgesagt werden.

Das trifft auch auf Österreich zu, wo die Revolutionäre von 1848 nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern ganz im Sinne der Nationalstaatsidee auch für die Befreiung der Italiener, der Ungarn und der Slawenvölker aus dem habsburgischen Joch auf die Straße gegangen sind. Besonders deutlich manifestierte sich das im Oktober 1848 in Wien, wo das vor allem aus Oberösterreichern rekrutierte Grenadierbattalion Richter am Ausrücken gegen die Ungarn gehindert wurde, was die blutige Oktoberrevolution ausgelöst hat.

Derweilen tagte in der Frankfurter Paulskirche die erste gesamtdeutsche Nationalversammlung mit dem Ziel, die 1817 auf der Wartburg formulierten „Grundsätze und Beschlüsse“ umzusetzen. Die Vormachtstellung Österreichs in dem beim Wiener Kongress 1814 geschaffenen Deutschen Bund souveräner Staaten manifestiert sich darin, dass der Habsburger Erzherzog Johann zum Reichsverweser, also zum Platzhalter für den zukünftigen Regenten eines gesamtdeutschen Reiches, gewählt wurde. Die Nationalversammlung war von Anfang an von der Rivalität zwischen Preußen und Österreich überschattet und spießte sich vor allem an der Frage, ob Österreich seine Italiener, Ungarn und Slawen in das neue Deutsche Reich einbringen dürfe oder nicht. Im März 1849 entschied sich die Nationalversammlung mit 290 Stimmen gegen 248 Enthaltungen für die „kleindeutsche Lösung“ ohne Österreich und bot dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone an, die dieser wegen der Vorbehalte der mit den Österreichern verbündeten Süddeutschen Staaten allerdings ablehnte. Damit war das Projekt eines Deutschen Kaiserreiches vorerst gescheitert und der Deutsche Bund mit Österreich als vorsitzführendem Land wurde reaktiviert.

In Österreich war inzwischen der Absolutismus unter dem jungen Kaiser Franz Josef wiederhergestellt worden, doch im Untergrund rumorten die Revolutionäre von 1848. Aber eine Wirtschaftskrise, der Dauerkonflikt mit den Ungarn, der Verlust der Lombardei und Venetiens an Italien und besonders der unglücklich verlorene Krieg von 1866 gegen die Preußen, das alles verlangte nach einer großen Reform. Diese brachte 1867 die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und in beiden Staaten den Einzug der Demokratie mit Parlamenten, wo infolge eines zunächst strengen Zensuswahlrechts allerdings nur der Adel, der Klerus und das Besitzbürgertum vertreten waren.

Im österr. Parlament hatten zwischen 1867 und 1879 die Deutschliberalen als Sammelbecken der dem großdeutschen Gedanken verbundenen alten 1848er-Revolutionäre die absolute Mehrheit. Es verdient Beachtung, dass sich das „Deutsch“ im Namen nicht auf das Parteiprogramm, sondern auf die Volkszugehörigkeit bezieht, weil im österr. Parlament ja auch Italiener, Tschechen, Slowenen, Polen und Ruthenen vertreten waren. Dasselbe gilt später auch für die Deutschnationalen.

Die erklärten Gegner der Deutschliberalen waren vor allem die Klerikal-Konservativen, die sich z. B. verbissen gegen die Verstaatlichung des Schulwesens und gegen die Zivilehe gewehrt haben. Aber mit ihrer Mehrheit setzten die Deutschliberalen ein Staatsgrundgesetz und viele weitere Gesetze durch, die unbeschadet einiger Novellierungen auch heute noch Geltung haben. Das damals revolutionäre Reichsvolksschulgesetz von 1869 galt z. B. bis zum Jahr 1962, wo es dann vom Schulorganisationsgesetz abgelöst wurde.

Die Parlamentsmehrheit der Deutschliberalen ging 1879 verloren, und zwar erstens wegen des kontinuierlich auf immer größere Bevölkerungsgruppen, z. B. den bäuerlichen Mittelstand, ausgeweiteten Wahlrechts, und zweitens aufgrund interner Streitereien. Im Schoße der Deutschliberalen hatte sich nämlich eine Gruppe von Deutschnationalen unter der Führung des Georg Ritter von Schönerer etabliert. Damit tut sich erstmals in der deutschen Geschichte ein Widerspruch zwischen national und liberal auf, der bis in die Jetztzeit nachwirkt.

Diese Entwicklung ist angesichts des ausufernden Nationalitätenstreits im Vielvölkerstaat, in dem die Deutschen nur gut 30 Prozent der Gesamtbevölkerung gestellt haben, und des Machtverlusts an eine slawisch dominierte feudal-klerikal-konservative Parlamentsmehrheit zwar verständlich, bleibt für mich aber unentschuldigbar.

Aus „national“, also die Einheit von Staats- und Kulturnation fordernd, wurde „nationalistisch“, also eine Überhöhung des Deutschtums als des „besseren“ Volkstums und einem damit legitimierten Führungsanspruch. Dazu gesellte sich ein bis dahin unbekannter, wissenschaftlich unhaltbarer und demagogisch motivierter Rassenantisemitismus, der vor allem von Schönerer vertreten wurde, wiewohl dieser mit einer Halbjüdin verheiratet war. Auch arbeitete Schönerer jahrelang mit Juden wie Victor Adler und anderen späteren Sozialdemokraten programmatisch eng zusammen, während ihn mit dem späteren christlichsozialen Wiener Bürgermeister Lueger der Antisemitismus verband. Wegen solcher Widersprüchlichkeiten, aber auch wegen seiner Zügellosigkeit und Streitsucht hatte Schönerer als Politiker zwar bald ausgespielt, nicht aber als Vorbild für die aus national-liberalen Elternhäusern kommende akademische Jugend.

Es ist mir ein besonderes Vergnügen, dazu eine Stelle aus meinem Buch vorzulesen, die sich auf Hermann Bahr und auf Ihre Burschenschaft bezieht und die ich dem Buch „Der Liberalismus in Altösterreich“ von Univ.-Prof. Karl Eder entnommen habe:

Bereits aus 1882/83 ist folgende Geschichte überliefert: Als Hermann Bahr, Sohn eines Linzer Notars, zum ersten Mal von Wien, wo er gerade zu studieren begonnen hatte und der Burschenschaft „Albia“ beigetreten war, nachhause kam, da überraschte er seinen Vater, der ein Vorkämpfer des Liberalismus in Oberösterreich und Streiter wider Bischof Rudigier war, mit der Nachricht: „Der Liberalismus ist aus, eine neue Zeit bricht an.“ Verständnislos fragte der alte Herr: „Was hat man in Wien aus dir gemacht?“ Der junge Burschenschafter hatte keine Erklärung parat und meinte nur: „Ja, jetzt sind wir da und alles muss anders werden.“ Freunde kamen, alte Liberale, und erzählten, dass sie von ihren Söhnen aus Wien dieselbe Nachricht erhielten. Als ein Besucher resignierend meinte, das sei eben der Wandel der Zeiten und die Jugend wolle eben stets anders glücklich sein, da widersprach der alte Notar heftig: „Der liberale Gedanke kann nicht altern, denn immer wieder die Menschheit zu verjüngen ist sein Sinn, und wenn sich diese Jugend von ihm lossagt, sagt sie sich von sich selbst los. Das ist das Unbegreifliche!“ (Zitat Ende.)

Praktisch jede Vereinsgeschichte zeugt von den Auseinandersetzungen, die sich damals zwischen den alten Liberalen und der Schönerer-hörigen Jugend abgespielt haben und die überall von der Jugend gewonnen worden sind. Drastische Folgen waren der Ausschluss jüdischer Mitglieder und die Einführung des „Waidhofner Prinzips“. Wie ich von meiner Korporation, damals noch „Wiener Akademischer Gesangverein“ genannt, weiß, hatte der Richtungswechsel nach Jahren der Stagnation – allerdings auf hohem Niveau – ein sprunghaftes Ansteigen der Mitgliederzahlen zur Folge, was den Deutschnationalismus als ein zeitgeistiges Phänomen ausweist. Um die Jahrhundertwende wurden übrigens alle sechs altösterr. Akademischen Gesangsvereine, zwei in Wien und je einer in Prag, Brünn, Graz und Innsbruck, in Sängerschaften umgewandelt, die sich mit dem Burschenschaftertum, insbes. mit dem Wahlspruch „Ehre – Freiheit – Vaterland“ identifiziert haben.

Auf politischer Ebene waren Schönerers Deutschnationale bald nur mehr eine unter etlichen Parteien mit bürgerlich-national-sozial-liberal-laizistischen Grundsätzen, die sich zwischen den Sozialdemokraten und den Christlich-Sozialen als „Drittes Lager“ etabliert hatten. Das Lager nannte sich zunächst „Vereinigte Deutsche Linke“, später dann „Deutscher National-

verband“, konnte aber trotz einer zahlenmäßigen Überlegenheit im Parlament wegen innerer Gegensätze keine politische Kraft entfalten.

Aber immerhin verkündete nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mit Franz Dinghofer ein Vertreter des Dritten Lagers als Präsident der Nationalversammlung am 12. November 1918 deren einstimmigen Beschluss zur Errichtung der Republik Deutsch-Österreich und ihre Vereinigung mit dem Nachfolgestaat des Deutschen Reiches. Denn der großdeutsche Gedanke war in Österreich ungebrochen und der vormalige Ausschließungsgrund, nämlich die Fremdvölker, waren nicht mehr vorhanden.

Die Weigerung der Siegermächte, das zuzulassen, gab dem national-liberalen Lager, allerdings jetzt mit einer eindeutig nationalistischen und antisemitischen Schlagseite, neue Nahrung. Die Großdeutsche Volkspartei der Ersten Republik konnte das, abgesehen von ihrem zeitweiligen Auftreten als „Schoberblock“, allerdings nicht in Wahlerfolge umsetzen, weil auch Teile der Christlich-Sozialen und die Sozialdemokratie zur Gänze großdeutsch eingestellt waren. Manifestiert wird das u. a. durch die Implementierung des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ als Bundeshymne-Ersatz an den Wr. Schulen und vom Wr. Bürgermeister Karl Seitz, der den Teilnehmern am Deutschen Sängerbundesfest 1928 in Wien wörtlich zurief: „*Wir wollen ein Volk und ein Staat sein.*“ Die Wirtschaftskrise, die bürgerkriegsähnlichen Zustände und schließlich der Austrofaschismus bei gleichzeitigem Aufblühen Deutschlands in der Hitler-Diktatur taten das Übrige dazu, dass der „Anschluss“ von einer breiten Mehrheit der österr. Bevölkerung herbeigesehnt und im März 1938 stürmisch begrüßt wurde.

Nichts belegt die allgemeine Stimmung im Land besser als die Erklärung der österr. Bischofskonferenz anlässlich der Volksabstimmung über den Anschluss, die in meinem Buch als Faksimile abgedruckt ist.

Leider sind dieser Euphorie auch viele aufrechte Frauen und Männer aus unseren Reihen erlegen, obwohl es nicht an Anzeichen daran gefehlt hat, dass der Nationalsozialismus von Anfang an vor Mord und Totschlag nicht zurückschreckte und dem Deutschtum schweren Schaden zufügen würde. So bin ich jüngst auf einen Tagesbefehl des Reichsjugendführers Baldur von Schirach gestoßen, in dem dieser das Korporationsstudententum in Grund und Boden verdammt und das in einer Diktion, welche den heutigen Beschimpfungen uns gegenüber in nichts nachsteht. Die Auflösung unserer Bünde durch das NS-Regime war also absehbar und dient uns heute als Rechtfertigung, obwohl viele der damaligen Bundesbrüder gewiss kein Problem damit gehabt haben.

1945 stand das Dritte Lager in Österreich nicht nur vor einem materiellen, sondern auch vor einem ideellen Trümmerhaufen. Unbeschadet der Zerstörung vieler bürgerlicher Existenzen arbeitete die Vorkriegs- und die Kriegsgeneration aber mit bewundernswertem Mut am Wiederaufbau ihrer Korporationen wie überhaupt an einem Wiedererstehen der politischen Gemeinschaft. Der Schillerfackelzug 1959 in Wien, mein erstes Großerlebnis als junger Aktiver, geriet zu einer machtvollen Kundgebung des wiedererstandenen Waffenstudententums, allerdings ebenfalls erstmalig nun von einer Schar von Gegendemonstranten begleitet, die mit der Parole „*Wir sind hier in Österreich – Schickt die Nazis heim ins Reich*“ darauf hinwiesen, dass die großdeutsche Idee in Österreich von Hitler zugrunde gerichtet worden war.

Es ist unseren Vorvätern nicht zu verdenken, dass viele von ihnen das nicht wahrhaben wollten und auch sonst der Ideenwelt von vor 1938 nachhingen. Dazu gehörte auch, dass wir den schmachvollen Kriegsausgang vornehmlich einer jüdischen Weltverschwörung zu verdanken

hätten und dass die Konzentrationslager eine Erfindung der Siegermächte wären. „National“ war nach wie vor das beherrschende Vokabel, „liberal“ hingegen eher ein Schimpfwort und durch „freiheitlich“ ersetzt, eine Nachwirkung der schweren Zerwürfnisse um die Jahrhundertwende, die viele Alte Herren noch als Aktive miterlebt hatten.

Ich war in diese Welt durch einen Alt-Herren-Sohn unter meinen Schulkameraden und aus einer Protesthaltung heraus hinein geraten. Aus Protest einmal gegen die Lebenslüge Österreichs, wir wären das erste Opfer Hitler-Deutschlands gewesen und die Österreicher seien eine Mischung aus Kelten, Römern und Slawen, genetisch und kulturell kaum mit den deutschen Kriegsverlierern verwandt. Und im Übrigen seien alle Nazis Verbrecher gewesen – damit auch meine Eltern, was ich natürlich nicht widerspruchslos hinnehmen konnte.

Gleichzeitig war ich aber Mathematik-Student und den Prinzipien der Aufklärung, der historischen Wahrheit und dem logischen Denken verpflichtet, sodass mir die Widersprüche, auf die ich in meiner Verbindung gestoßen war, allmählich bewusst wurden. Erste Versuche, Begriffe zu klären und unsere Vergangenheit sachlich zu beurteilen standen am Beginn einer Entwicklung, die mich letztlich nach über 50 Jahren heute zu Ihnen geführt hat.

Da war zunächst einmal der Begriff „national“: Schon als Aktiver habe ich mich und andere gefragt, was denn „national“ im Nachkriegsösterreich noch bedeuten soll, wenn der Anschluss damit nicht (mehr) gemeint ist. Ich wurde auf die Verleugnung des Deutschtums durch Regierung und Medien verwiesen, dem ein „nationales Bekenntnis“ entgegensetzen sei. Je älter ich wurde, umso weniger hat mich das befriedigt, weil die Eingebundenheit Österreichs in den deutschen Kulturraum eine sich (z. B. im Fernsehen) täglich manifestierende Tatsache ist, die überhaupt keines „Bekenntnisses“ bedarf. Auch die FPÖ-Programme von 1985 und 1997 folgten dieser Überlegung, und in meinem Buch wird der deutsche Charakter Österreichs aufgrund der historischen Entwicklung – und um die Verleugner zu ärgern – als eine Selbstverständlichkeit behandelt, über die sich jedes weitere Wort erübrigt.

Gänzlich überflüssig ist es daher auch, den politisch ohnehin schwer belasteten Begriff „deutschnational“ aufzuwärmen, weil dieser nur im Völkergemisch der Donaumonarchie einen Sinn ergab. Darauf hat auch Bruno Kreisky einmal hingewiesen, der letzte Spitzenpolitiker der SPÖ, dem die deutschnationalen Wurzeln und die großdeutsche Tradition der österr. Sozialdemokratie noch bewusst war.

Weiters nicht „national“ ist eine wertkonservative Haltung, zu der ich mich bekenne, weil das Wort dafür nicht gemacht worden ist. Und gänzlich an der Tradition vorbei geht ein enger Österreich-Patriotismus, der im Dritten Lager bisher immer als provinziell und kleinkariert empfunden wurde.

So bin ich letztlich auf die Urburschenschaft und ihren Wunsch nach weitgehender Deckungsgleichheit von politischer Gemeinschaft und Kulturgemeinschaft zurückgekommen, weil darin die bestmögliche Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Menschen im Inneren und Stärke nach außen gesehen werden kann, wie auch alle Studien zur Ethnopsychologie bestätigen.

In Zeiten eines massiven Zuzugs von Nicht-Deutschen nach Österreich liegt die Gegenwarts-tauglichkeit einer solchen nationalen Zielsetzung auf der Hand. Diese zeigt nämlich der Zuwanderungspolitik ebenso den Weg wie der Integrationspolitik, der Familienpolitik, der Kulturpolitik und der Bildungspolitik. Wer „Überfremdung“ hintanhalten will, der muss vor allem um eine Anhebung der Geburtenrate bei der angestammten Bevölkerung besorgt sein.

Wenn wir Zuwanderern unsere Kultur aufdrängen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass diesen unser Angebot auch zusagt und dass sie sich nicht mit Schauern davon abwenden. Wenn wir aus Zuwanderern, die wirtschaftlich Fuß gefasst haben und die unbescholten sind, „Kulturdeutsche“ machen wollen, dann müssen wir sie und ihre Kinder bildungsmäßig viel besser betreuen als das derzeit der Fall ist. Und es wäre auch eine nationale Aufgabe der Bildungspolitik, dafür zu sorgen, dass es zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt gar nicht kommt und wir uns nicht Fachkräfte aus dem Ausland besorgen müssen.

Die aktuelle liberale Aufgabenstellung im Sinne der von der Urburschenschaft vertretenen Forderungen nach Verfassungsstaat, fairem Wettbewerb und Bürgerfreiheit liegt auf der Hand: Die von der 1968er-Bewegung ausgelöste gesellschaftliche Fehlentwicklung hat der deutsche Informatiker Karl Steinbuch schon 1970 als „Gegenaufklärung“ bezeichnet. In ihr obsiegt die Gutmenschlichkeit über die Rechtsstaatlichkeit, die Protektionswirtschaft über den Leistungsgedanken, die „politisch korrekte“ Gesinnung über die Rationalität und das Versammlungsrecht wird von gewaltbereiten Fundamentalisten mit Füßen getreten.

Womit wir beim Akademikerball angelangt wären. Andreas Unterberger, damals noch Chefredakteur der „Presse“, schrieb schon im Mai 2001 in seiner Zeitung: *„Heute ist für Linke und Grüne der Kampf gegen eine imaginäre Faschismus-Gefahr ohne Faschisten zur einzigen gruppen- und identitätsstiftenden Basis geworden“*. Als Erklärung für dieses Fehlverhalten kann ich nur die fehlende demokratische Tradition und den Frust über das Scheitern der kommunistischen Weltverbesserungsträume in der Sowjetunion anbieten.

Zusammenfassend darf ich die Aufgabe der Gegenwart, welche wir in bester Übereinstimmung mit unserer national-liberalen Tradition wahrzunehmen hätten, wie folgt formulieren: Die letztlich, wenn auch in zwei deutschen Staaten, errungene freiheitliche Demokratie und der angestammte deutsche Kulturraum sind gegen die genannten Verfallserscheinungen zu verteidigen.

Zuletzt möchte ich noch auf eine brandaktuelle Entwicklung zum Thema „Akademikerball“ verweisen. Am 20. April verbreitete die APA eine Meldung, die von den meisten Medien trotz ihrer Brisanz ignoriert wurde, weil sie fürchten müssen, dass ihnen dadurch vielleicht ein Feindbild abhanden kommt. Am 21. April berichtete „Der Standard“ über eine zwischen den Akademikerball-Organisatoren und der Israelischen Kultugemeinde (IKG) abgesprochene Erklärung wie folgt:

Erklärung schlagender Studentenverbindungen gegen Antisemitismus. Akademikerball-Organisator Guggenbichler will Verhältnis zu Israelitischer Kultugemeinde verbessern.

Wien - Gemeinsam mit anderen Vertretern von schlagenden Studentenverbindungen hat der Organisator des umstrittenen Wiener Akademikerballs, Udo Guggenbichler, am Dienstag eine Erklärung unterzeichnet, in der Antisemitismus verurteilt wird. Gleichzeitig werden darin antisemitische Bekundungen in der Vergangenheit bedauert.

Wie Guggenbichler, der für die FPÖ im Wiener Landtag sitzt, in einer Aussendung erklärte, soll mit der Erklärung der Israelischen Kultugemeinde das Bemühen für ein von gegenseitiger Achtung geprägtes Verhältnis gezeigt werden. Er betont, dass nicht nur bei der Entstehung der Korporationen oft Juden maßgeblich mitgewirkt haben, sondern auch heute noch gemeinsame Werte vertreten würden. „Das konsequente Eintreten für Grund- und Freiheitsrechte als Grundlage einer freien demokratischen Gesellschaft ist eine solche Gemeinsamkeit“, erklärte Guggenbichler „in der Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen“.

„Ausdrückliches Bedauern“

In der Erklärung verurteilen die Unterzeichner der schlagenden Verbindungen „ausdrücklich und ohne jegliche Einschränkung jede Form von Antisemitismus und bedauern die antisemitischen Bekundungen einzelner Mitglieder, Korporationen oder Verbände, die in der Vergangenheit getätigt wurden. Insbesondere wird das Unrecht, das jüdischen Mitgliedern in Studentenverbindungen zugefügt wurde, als unvereinbar mit unseren waffenstudentischen Prinzipien betrachtet. Die sogenannten ‚Waidhofner Beschlüsse‘ sind seit langer Zeit obsolet und hatten für zahlreiche Verbindungen nie Geltung.“ Gleichzeitig verpflichten sich die Unterzeichner, auch in Zukunft für einen verständnisvollen und von gegenseitiger Achtung geprägten Umgang einzutreten.

Kultusgemeinde begrüßt Erklärung

Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) hat die Distanzierung vom Antisemitismus begrüßt. Diese Distanzierung könne sich jedoch nur dann in der Praxis bewähren, wenn sie von allen Burschenschaften und Verbänden mitgetragen wird, erklärte IKG-Präsident Oskar Deutsch.

Darüber hinaus werde das Verhalten bei Verstößen gegen den Inhalt der Erklärung zu beurteilen sein, meinte die IKG in einer Aussendung. Sie verwies auch darauf, dass durch die Aufnahme antisemitischen Gedankengutes in weiten Teilen der österreichischen Gesellschaft, insbesondere dem sogenannten „dritten“ Lager, die Machtübernahme der Nationalsozialisten mit all seinen katastrophalen Folgen ermöglicht worden sei.

Die Israelitische Kultusgemeinde fordert in diesem Zusammenhang „alle gesellschaftlichen Gruppen auf, sich von Antisemitismus, von wo immer er kommen mag, zu distanzieren“.

Einvernehmliche Feststellung zum Thema bei der VTaK-Bildungswerkstatt*) am 25. April 2015 in Graz:

Rassischer Antisemitismus entbehrt jeder Grundlage, weil die Juden keine Rasse bilden. (Siehe dazu Arthur Köstler „Der 13. Stamm“, Eran Elhaik's genetische Untersuchungen, Shlomo Sand „Die Erfindung des jüdischen Volkes“, die Rothschild-Biographie). Diese Form des Antisemitismus wurde im 19. Jh. aus demagogischen Motiven heraus „erfunden“, während der ältere religiöse Antisemitismus in der kath. Judenpolitik wurzelt. Angesichts der von den europäischen Juden erlittenen Diffamierungen und Verfolgungen mit Höhepunkt im „Dritten Reich“ ist für Empfindlichkeiten größtes Verständnis angebracht. Eine Kritik an politischen Organisationen, z. B. am Staat Israel, am WJC, an der IKG bzw. an einzelnen ihrer Vertreter muss aber erlaubt sein und hat mit Antisemitismus nichts zu tun.

*) Dem „Vertretertag akademischer Korporationen“ (VTaK), dessen Bildungsreferent ich bin, gehören die sechs österr. Sängerschaften, die zwei sudetendeutschen Korporationen, die Jägerschaft Sylvania, die Fliegerschaft Wieland-Staufen und die akad. Verbindung Wartburg an.